

## Zitat des Tages

Schon kurz nach ihrer Gründung an Ostern 1982 führten die westdeutschen Punk-Helden die Stasi an der Nase herum und gaben der ostdeutschen Jugendkultur einen entscheidenden Impuls.

Aus einer Pressemitteilung des SWR zu einer Doku über ein »Geheimkonzert« der Toten Hosen in einer Kirche in Berlin-Lichtenberg im Jahr 1982

## Gesundheitssektor: Ende der Impfpflicht gefordert

München. Sachsen, Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg fordern ein Ende der Coronaimpfungspflicht für das Personal in Gesundheit und Pflege. Die drei Landesgesundheitsminister Petra Köpping (SPD), Klaus Holetschek (CSU) und Heike Werner (Die Linke) setzen sich einem Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) dafür ein, die zum Jahresende auslaufende Impfpflicht nicht zu verlängern, wie die Politiker am Donnerstag mitteilten. Der baden-württembergische Ressortchef Manfred Lucha (Bündnis 90/Die Grünen) schloss sich an. Hauptmotiv des Appells ist die Befürchtung, dass die Impfpflicht den Personalmangel im Gesundheitswesen noch verschärft. (dpa/iw)

## Entscheidung zu Berlin-Wahl verzögert sich

Berlin. Der Wahlprüfungsausschuss des Bundestags hat in seiner Sitzung am Donnerstag doch noch keine Empfehlung für die teilweise Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin beschlossen. Erst müssten in die Beschlussempfehlung noch Änderungswünsche eingearbeitet werden, sagte der SPD-Abgeordnete Johannes Fechner am Donnerstag in Berlin. Man wolle absolut sichergehen, dass die Beschlussempfehlung fehlerfrei sei. Laut Fechner soll sich der Ausschuss am 7. November zu einer Sondersitzung treffen. (dpa/iw)

## Vorschau

## Lesen Sie am Wochenende:



MAGO IMAGES/UNITED ARCHIVES

## Die Zeitreise zurück

50 Jahre Zupfgeigenhansel: Über die Entnazifizierung des deutschen Volkslieds und den Anteil des schwäbischen Duos daran. Ein Besuch.

Von Gerd Schumann

Ausgabe für 2,30 € (D), 2,50 € (AUT) bzw. 2,90 CHF am Kiosk erhältlich

## Scholz setzt auf Sieg

Regierungserklärung zur Ukraine-Politik: Weitere Militärhilfe für Kiew, kein Preisdeckel für Gaseinkauf. Von Kristian Stemmler

In markigen Worten attackierte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Regierungserklärung am Donnerstag im Plenum des Bundestages die Russische Föderation und deren Präsidenten Wladimir Putin. Der Kanzler sprach von einer »Taktik der verbrannten Erde« in der Ukraine. Doch Putin werde seine Kriegsziele nicht erreichen. »Am Ende ist Russlands Bomben- und Raketenterror eine Verzweiflungstat – genauso wie die Mobilisierung russischer Männer für den Krieg«, behauptete Scholz. Der russische Präsident spekuliere auf die Schwäche des Westens und der Ukraine. »Aber Putin irrt sich – wir sind nicht schwach«, erklärte der Kanzler. An den Sanktionen gegen Russland werde nicht getüfelt. »Bei diesem Kurs bleibt es, solange Russland seinen brutalen Angriffskrieg fortsetzt.« Damit machte Scholz indirekt deutlich, dass die Bundesregierung auf einen militärischen Sieg der Ukraine setzt – nicht aber auf Verhandlungen der Kriegsparteien. Bis zum Frühjahr werde Deutschland eine ganze Brigade mit 5.000 Soldaten ausbilden, kündigte der Kanzler weitere militärische Unterstützung für Kiew an, um »uns dauerhaft am Aufbau starker ukrainischer Streitkräfte zu beteiligen – Hand in Hand mit unseren Partnern«.

Scholz versicherte, dass die Wärmeversorgung über den Winter gesichert sei und die Regierung Privathaushalte und Unternehmen vor Überlastung durch hohe Energiepreise schützen werden. Einen europäischen Preisdeckel für den Einkauf von Gas, wie ihn etwa Belgien, Italien und Frankreich fordern, lehnte der Kanzler dagegen wenige Stunden vor Beginn des EU-Gipfels am Donnerstag nachmittags erneut ab. Ein solcher Deckel berge das Risiko, »dass die Produzenten ihr Gas dann anderswo verkaufen – und wir Europäer am Ende

nicht mehr Gas bekommen, sondern weniger«, so die Argumentation.

»Deutschland dürfte in Brüssel bewertet werden als das Land in Europa, dessen Regierung in den letzten Monaten am heftigsten gestritten und am wenigsten erreicht hat bei der Entlastung der Haushalte und der Unternehmen«, konterte Unionsfraktionschef Friedrich Merz in seiner Erwiderung. Der Kanzler habe weiterhin offengelassen, wann Haushalte und Unternehmen mit Entlastungen angesichts der steigenden Energiepreise rechnen dürften. Die staatliche Unterstützung müsse »möglichst bald« kommen, denn »Winterreifen muss man im Oktober aufziehen und nicht erst im Frühjahr nächsten Jahres«. Für solche Aussagen

rief die Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, Britta Haßelmann die Union mit pathetischer Geste zur Ordnung. »Wo sind Sie eigentlich in dieser Situation?« fragte die Grünen-Politikerin und: »Wo sind Sie in Ihrer Verantwortung in der größten Krise dieses Landes und der größten Krise Europas, sich nicht in Fundamentalopposition zu verkiechen, sondern Verantwortung zu übernehmen?«

Amira Mohamed Ali, Kofraktionschefin der Fraktion Die Linke, warf dagegen der Bundesregierung vor, die Nöte der Bevölkerung zu vernachlässigen. Die Entlastungen angesichts der hohen Preise kämen viel zu spät, in der Bundesregierung herrschten »Chaos und Murks« bei »Entlastungspäckchen«. Die

beschlossenen Hilfsmaßnahmen reichten bei weitem nicht aus, betonte die Linke-Politikerin, die 1.500 Euro Wintergeld für jeden Haushalt mit kleinem und mittlerem Einkommen forderte. Da sich Die Linke darauf beschränkte, lediglich mehr soziale Abfederung zu fordern, ohne auf die Ursachen steigender Energiekosten einzugehen, blieb es einmal mehr der Rechtsaußenpartei AfD überlassen, auf die Verantwortung der Bundesregierung für die derzeitige Krise hinzuweisen. Deutschland befinde sich in einem »selbstentfachten Wirtschaftskrieg« und verknappe durch seine »aggressive Sanktionspolitik« gegen Russland selbst das Energieangebot, stellte der AfD-Parteipolitiker und Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla fest.



Der Feind steht im Osten: Bundeskanzler Olaf Scholz auf Truppenbesuch (Bergen/Niedersachsen)

## Werkstatt auf Leichen

Bremen: Landesarchäologie beendet unvermittelt Ausgrabungen auf »Russenfriedhof«

Völlig überraschend hat die Landesarchäologie Bremen den Abschluss der Grabungen auf dem sogenannten »Russenfriedhof« in Oslebshausen verkündet und dafür am 16. Oktober 2022 eine aufwendige Feier mit Symphonieorchester und prominenten Rednern organisiert. Fragen zum Fortgang der Untersuchungen waren nicht vorgesehen. Die »Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu« und das Bremer Friedensforum waren nicht eingeladen. Sie protestierten mit einer Kundgebung vor dem Friedhofsareal. Auf ihrem Transparent stand: »Baut der Senat eine Bahnwerkstatt auf Leichen?«

Was war geschehen? Seit nunmehr 16 Monaten wurden auf dem »Russenfriedhof« in Bremen-Oslebshausen Ausgrabungen vorgenommen. Zuerst fand man nur ein paar menschliche Knochen und einen Schädel. Später wurde das erste vollständige Skelett eines sowjetischen Zwangsarbeiters ausgegraben. In den letzten Wochen nun, als niemand mehr damit gerechnet hatte, wurden drei Massengräber mit vermutlich 60 vollständigen Skeletten entdeckt. Nach Ansicht der Bürgerinitiative (BI) Bremen-Oslebshausen

und des Bremer Friedensforums haben diese Funde die Situation völlig verändert. Sie fordern den sofortigen Stopp aller Planungen für den Bau einer Bahnwerkstatt sowie die sofortige Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission – bestehend aus Historikern, Archäologen, Völkerrechtlern, Ethikern sowie Vertretern von Opferverbänden –, um die bisherigen Ausgrabungsergebnisse zu bewerten und einen Vorschlag zu erarbeiten, wie ein würdiges Gedenken für die hier Vergrabenen gemäß Kriegsvölkerrecht sichergestellt werden kann.

Aus den spärlichen Dokumenten im Staatsarchiv ergibt sich, dass auf diesem Areal während der Nazizeit etwa 800 Tote begraben wurden. 1948 war eine Umbettung der Leichen auf den Friedhof Osterholz vorgenommen worden; sie war aber unvollständig. Es wurden unter unwürdigen Umständen 446 Leichen exhumiert und in Osterholz in einem Massengrab beigesetzt. Uta Halle, Chefarchäologin und Leiterin der Ausgrabungen, gab auf der »Abschlussveranstaltung« nun die folgenden Zahlen bekannt: Neben den zuletzt gefundenen 60 Skeletten wurden 203 Tote geborgen, von denen 150 mit Na-

men identifiziert werden konnten.

Obwohl vermutlich viele der Toten immer noch nicht gefunden wurden, sollen die Grabungen nun eingestellt werden. Laut Auskunft des Pressesprechers des Kultursenats soll die wissenschaftliche Auswertung der Grabungen und die Erstellung des Abschlussberichts noch bis zu 36 Monate in Anspruch nehmen. Ein vorläufiger Bericht wird auf der nächsten Sitzung der Kulturdeputation der Bremer Bürgerschaft wahrscheinlich am 11. November vorgestellt. Und dann soll die Entscheidung fallen: grünes Licht für den Bau der Bahnwerkstatt oder die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission.

Offiziell ist die Entscheidung offen. Inoffiziell aber wird der Entscheidungskorridor immer weiter eingeeignet. Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) hatte sich bereits im November 2021 für den Bau ausgesprochen. Halle hat sich in einer überraschenden Erklärung im Regionalfernsehen im September ebenfalls für den Bau der Bahnwerkstatt ausgesprochen. Die BI und das Friedensforum kritisierten umgehend die Trennung von wissenschaftlicher Untersuchung und politischem Willen. Die Öffentlichkeit frage sich, wozu dann eigentlich der

Aufwand mit den Ausgrabungen vorgenommen worden sei.

Große Hoffnungen hatten die Bürgerinitiative und das Friedensforum in die Linkspartei gesetzt, die sich auf dem letzten Landesparteitag noch gegen den Bau der Bahnwerkstatt ausgesprochen hatte. In einer Presseerklärung der Linke-Bürgerschaftsfraktion vom 17. Oktober war davon aber schon nicht mehr die Rede. Offenbar soll es jetzt zügig weitergehen. Wie während der »Abschlussveranstaltung« bekannt wurde, sollen schon im Januar 2023 von der Firma Alstom die Unterlagen für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens eingereicht werden.

Eventuell ergeben sich noch Schwierigkeiten von unerwarteter Seite. Gemäß Kriegsvölkerrecht müssen bei einer Umbettung von Kriegstoten die jeweiligen Heimatländer zustimmen. Gespräche mit Vertretern der Russischen Föderation und der Ukraine haben schon vor längerer Zeit begonnen, wobei beide Botschaften zunächst Zustimmung signalisiert haben sollen. Inzwischen bestehen aber laut einem Bericht der Welt am Sonntag Vertreter der Ukraine darauf, dass »die Russen nichts mitzureden haben«. Sönke Hundt, Bremen